

Ein Amt, das kaum noch jemand will

Vakanzen im Gemeinderat zu beheben, wird immer schwieriger. Dagegen gibt es in Ausserrhoden verschiedene Lösungsansätze.

Astrid Zysset, Jesko Calderara

In Rehetobel droht eine Doppelvakanz im Gemeinderat. Bereits jetzt besteht das Gremium aus sechs statt sieben Mitgliedern, zudem tritt per Ende Mai Schulpräsident Remo Kästli Bucher zurück. Auch nach längerer Suche liessen sich keine Kandidierenden als Nachfolger finden. Am 7. April erhielten mehrere Bürgerinnen und Bürger vereinzelt Stimmen, niemand will jedoch offiziell ins Rennen steigen. Aus diesem Grund musste der zweite Wahlgang vom 5. Mai abgesagt werden.

Vakanzen in Ausserrhoder Gemeinderäten sind kein neues Phänomen. Grub beispielsweise musste im vergangenen Jahr zittern. Drei Sitze im siebenköpfigen Rat galt es anlässlich der Gesamterneuerungswahlen 2023 neu zu besetzen. Angesichts der Tatsache, dass just ein Jahr zuvor noch die Beschlussfähigkeit drohte, da sich niemand für das Amt zur Verfügung stellte, kein leichtes Unterfangen.

Und auch in Trogen lief die Suche nach Kandidierenden harzig. Drei neue Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wurden im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen gesucht. Lisa Roth, welche damals zur neuen Gemeindepräsidentin gewählt wurde, sagte, dass sie sich nur zur Wahl stellte, da keine Vakanzen im Rat drohten. Hierfür hatte sie im Vorfeld Gespräche mit möglichen Kandidierenden geführt – noch bevor sie selbst gewählt worden war.

Gemeinden verfolgen unterschiedliche Strategien

Um dem Mangel entgegenzuwirken, verfolgen die Gemeinden unterschiedliche Strategien. Der Wolfhändler Gemeinderat plant in naher Zukunft eine Neuorganisation des Rates. Weniger operative Arbeiten, dafür mehr strategische, sollen das Amt attraktiver machen. Will heissen: Das Pensum der Gemeinderatsmitglieder würde verringert, dasjenige des Gemeindepräsidiums erhöht und die Verwaltung aufgestockt. Damit könnte sich der siebenköpfige Rat auf fünf Mitglieder verringern. In Schwelbrunn sind ähnliche Überlegungen im Gange. Trogen hatte sie schon konkreter verfolgt, verwarf die Neuorganisation schliesslich aber aus Kostengründen.

Eine andere Strategie verfolgt Stein, wo die Parteien und Gruppierungen bei freien Ämtern jeweils eine überparteiliche Findungskommission bilden. In der jetzigen Form besteht diese seit 2021. Die Findungskommission trifft selbst keine Vorauswahl, sondern koordiniert die Suche von möglichen Kandidatinnen und Kandidaten zuhanden der politischen Parteien und Gruppierungen sowie der Bevölkerung.

Findungskommission eingesetzt

Ein Vorgehen, das sich lohnt, wie FDP-Präsident Patrik Louis findet. «Mit der Findungskommission besteht ein strukturierter Rahmen, in welchem sich alle Par-



Für Gemeinderatswahlen in Ausserrhoden finden sich nicht immer Kandidierende, wie zuletzt etwa in Rehetobel.

Bild: Keystone

teien und Gruppierungen gemeinsam und fokussiert an der Suche beteiligen.» Jeweils zu Beginn des Suchprozesses erfolgt ein öffentlicher Aufruf: Dadurch könnten auch Personen angesprochen werden, die man vielleicht nicht auf dem «Radar» hatte.

Haben sich Kandidierende gemeldet, sorgt die Findungskommission dafür, dass ihre Kandidatur mit einem kurzen Lebenslauf öffentlich kommuniziert



Patrik Louis ist Präsident der FDP Stein.

Bild: zvg



Margrit Müller-Schoch ist Gemeindepräsidentin in Hundwil.

Bild: zvg

wird. Vereinzelt hatte die Kommission auch schon öffentliche Vorstellungsabende organisiert. Sich für ein öffentliches Amt zu bewerben, brauche Überwindung, gibt der FDP-Präsident zu bedenken. Die Findungskommission versuche mit ihrer Arbeit, diese Hemmschwelle zu reduzieren. «Die auch geschlechtermässig sehr ausgeglichene Zusammensetzung des Gemeinderates scheint dies zu bestätigen.»

Ähnlich wie in Stein war die Vorgehensweise in Bühler, wo sich vor den Gesamterneuerungswahlen 2019 die IG Konstruktiv formierte. Dieser gelang es damals, ausreichend Kandidierende zu finden.

Viele langjährige Gemeinderäte in Hundwil

Nicht in allen Gemeinden ist die Problematik im selben Masse ausgeprägt. Der Hundwiler Gemeinderat etwa besteht aus auffallend vielen langjährigen Mitgliedern. So ist Gemeindepräsidentin Margrit Müller-Schoch seit 2005 im Gemeinderat, Hans Giger seit 2011 und Jakob Knöpfel seit 2016. Nichtsdestotrotz betont Müller-Schoch: «Es müssen jeweils schon einige Personen angefragt werden.» Die vergleichsweise lange Amtszeit erklärt sie sich unter anderem mit dem guten Zusammenhalt im Gemeinderat. «Zudem ist die Bereitschaft, etwas für die Allgemeinheit zu leisten, in kleineren, ländlicheren Gemeinden eher grösser», glaubt Müller-Schoch.

Die Suche wird jedoch auch in Hundwil nicht einfacher. Die Aspekte Freizeit und Erholung würden immer wichtiger, sagt die Gemeindepräsidentin. Dazu kommt, dass die Entschädigung nicht gerade üppig ist. Maximal 6500 Franken erhält ein Gemeinderatsmitglied, hinzu kommen Sitzungsgelder. Dieser Betrag reiche nicht aus, um das Arbeitspensum zu reduzieren, sagt Müller-Schoch. «So wird es oftmals schwierig, Termine wahrzunehmen, die nicht am Abend sind.»

Potenzial bei Frauen und Rentnern

Schweizweit ist gemäss Patrik Aeschlimann, stellvertretender Leiter des OZG Zentrum für Gemeinden an der Ostschweizer Fachhochschule, seit rund 15 Jahren die Tendenz zu beobachten, dass es in kleineren und ländlichen Gemeinden immer schwieriger wird, Kandidierende für ein Gemeinderatsamt zu finden. Dies sei vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einerseits steigen die Anforderungen kontinuierlich, da die Regulierungen durch Bund und Kantone immer umfangreicher und komplexer werden. «Es braucht immer mehr juristische Kenntnisse oder die Bereitschaft, sich diese anzueignen», so Aeschlimann. Andererseits braucht es eine dicke Haut. Anfeindungen hätten mit dem Aufkommen der

sozialen Medien zugenommen. «Wenn man etwas gut macht, klopft einem niemand auf die Schultern. Läuft hingegen etwas nicht nach Plan, wird mit Kritik nicht hinter dem Berg gehalten.»

Höhere Entschädigung als Massnahme

Lösungsansätze, wie dem Mangel begegnet werden kann, gibt es zuhauf. Als kurzfristige Massnahme könnte die Erhöhung der Entschädigung veranlasst werden, um das Amt attraktiver zu machen. Doch gemäss Aeschlimann sind gegebenenfalls auch strukturelle Anpassungen vonnöten, um langfristig genügend Kandidierende zu haben. Um das Reservoir möglicher Kandidatinnen und Kandidaten zu erhöhen, sollte vermehrt auf Junge, Rentner und Frauen gesetzt

werden. Aeschlimann: «Gerade einmal 25 Prozent der Gemeinderatsämter in der Schweiz bekleiden Frauen, gut fünf Prozent der Sitze kommunaler Behörden haben über 65-Jährige inne. Diese Zahlen lassen sich steigern.»

Pensionierte und Junge müssten gezielt angesprochen

werden, für die Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Besonders als Wiedereinstieg, wenn die Kinder etwas grösser sind, erachtet der Politologe das Gemeinderatsamt für Frauen als interessant. Für die Planbarkeit wäre es sinnvoll, das Amt beispielsweise mit pauschal 20 Stellenprozenten zu entlohnen. Auch könne man sich überlegen, ob man sich an Sitzungen nicht auch einmal per Videocall zuschalten könnte, so Aeschlimann weiter. Es sind viele einzelne Schrauben, an denen gedreht werden kann, um die Rekrutierungsbasis zu erhöhen. Doch reagieren müssten die Gemeinden. Sonst bleibe am Schluss nur noch die Fusion mit anderen Gemeinden, um alle Ämter besetzen zu können. (asz)



Patrick Aeschlimann, stellvertretender Leiter des OZG Zentrum für Gemeinden an der Ostschweizer Fachhochschule Ost. zvg